Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 20 Pfg.

Montag, 26. September 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, und dringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Sonnerstags die große Bilder-Chronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Kraft und Stoff", „Der Welt verkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern"

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernsprecher: Amt Zentrum 4788-96. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstraße, 30-32; Fernsprecher: Amt Zentrum 4788-96. Postscheck: Berlin Nr. 107 941

Bezugspreis monatlich Mk. 12.—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, anderwärts bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 2.—, für die 67 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 6.—

60. Jahrg. Nr. 451 B 151

Tages-Spiegel.

Unser ungeheurer Beteiligung nahm der gestrige Auto-Rennstag im Grunewald einen glänzenden, durch keinerlei Unfälle getrübten Verlauf.

*

Die Reparationskommission wird vom Dienstag ab in Vollsitzungen das Wiesbadener Abkommen prüfen.

*

Der rumänische Minister des Aeußern Take Jonescu ist gestern in Paris angekommen.

*

Morgen wird in Kopenhagen eine Konferenz zum Abschluß einer deutsch-dänischen Luftfahrtkonvention abgehalten.

*

Heute findet in Brünn eine Zusammenkunft des tschechischen Ministers des Aeußern Dr. Benesch mit dem ungarischen Außenminister Graf Bauffy über die westungarische Frage statt.

Die Regierungsumbildung.

Ueber die Frage der Regierungsbildung sind in der letzten Zeit vielfach unzutreffende Meldungen verbreitet worden. Die „Vossische Zeitung" und „B. Z. am Mittag" glaubten zu wissen, daß heute vormittag bereits unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung der Parteiführer über diese Frage stattfinden. Das ist unzutreffend. Bei Eintreffen der Fraktionen und vor eingehenden Fraktionsberatungen dürfte eine Fühlungnahme der Parteien überhaupt nicht erfolgen.

Die Frage Preußen und Reich wird voraussichtlich in engen Zusammenhang behandelt werden, da die Lösung der einen Frage die der anderen in sich schließt. Man hat die Namen einer in der „Kölnischen Zeitung" veröffentlichten Ministerliste mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung gebracht und diese Ministerliste etwa als den Vorschlag der Deutschen Volkspartei bezeichnet. Diese Auffassung ist völlig unrichtig, was für jeden Eingeweihten schon daraus ersichtlich ist, daß in diese Liste auch der Name des sozialdemokratischen Abgeordneten Heil als der Name des künftigen Reichsjustizministers genannt war. Man kann aber ohne nicht gut annehmen können, daß die Deutsche Volkspartei bei ihrem etwaigen Eintritt in die Regierung Interesse dafür hätte, daß Reichsfinanzministerium einem extremen Sozialdemokraten von sich aufnehmen. Daraus geht schon hervor, daß diese Liste, wenn überhaupt, so in reiser Linie nur Kombinationscharakter besitzt und tatsächlich nicht in Frage kommt.

Irgendeine aktuelle Bedeutung hat sie jedoch nicht, zumal die Voraussetzungen für das Zustandekommen der Regierungsbildung noch gar nicht feststehen.

Was die deutsche Volkspartei betrifft, so hat sie ihrerseits in Heidelberg ihre prinzipielle Bereitschaft zu einer Koalition auf breiter Basis erklärt. Ein Ausschluß von unseren Mitgliedern ist eingesetzt worden, um die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen eine Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bei der Regierung möglich wäre. Soweit wir unterrichtet sind, werden die Forderungen der Deutschen Volkspartei, falls man zu Verhandlungen kommt, wenige in Personal- als in Sachforderungen, als in der Forderung der Aufstellung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen, namentlich auf finanziellem Gebiete, bestehen.

Man steht in Kreisen der Deutschen Volkspartei die finanzielle Lage des Reichs als äußerst ernst und fordert an und wünscht zu einer Mitarbeit sich nur bereit finden, wenn energische Mittel angewendet werden, um das Elend der Reichsfinanzen zu beseitigen.

Die christlichen Gewerkschaften für Stegerwald.

Essen (Ruhr), 24. September. (W. T. B.) In der westdeutschen Zentrumspresse nimmt Gewerkschaftssekretär Brandemann, das führende Persönlichkeit der christlich-nationalen Bergarbeiterbewegung, Stellung zu der auf eine Verbreiterung der Regierungskoalition gerichteten Strömung der letzten Tage. Er betrachtet die Dinge unter lediglich gewerkschaftlichen Gesichtspunkten und sagt, es bedeute eine Verkennung der Lage, wenn man die Frage der Zusammensetzung der Regierung in Preußen und der Person des in den letzten Monaten von der linksradikale stark angegriffenen Ministerpräsidenten Stegerwald. Zusammenstellen muß, so heißt es, im Hinblick auf die Verhältnisse im Landtage so gestaltet werden, daß sie die Geschäfte die Haltung eines klar voraussehenden, über den Augenblick sich erhebenden Politikers so schnell und so restlos gewährleistet hat, wie die des preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald. Denn im Grunde hat Stegerwald nichts anderes gewollt als das, was in den letzten Tagen zweifellos auch jetzt Wirklichkeit werden will: sein unerschütterliches Ziel war die möglichste Zusammenfassung der Kräfte von links und rechts, aus dem einfachen Gebot der Staatserhaltungspflicht heraus. Dem Letzterwähnten, den er in seiner bekannten programmatischen Rede auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften so klar gekennzeichnet hat, ist er dabei treu geblieben. Der Essener Kongreß-Artikel wendet sich weiter in scharfer Weise gegen die einseitigen Angriffe, welche besonders die radikalen Presse neuerdings gegen Stegerwald gerichtet hat, wie sie bei preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald. Denn im Grunde hat Stegerwald nichts anderes gewollt als das, was in den letzten Tagen zweifellos auch jetzt Wirklichkeit werden will: sein unerschütterliches Ziel war die möglichste Zusammenfassung der Kräfte von links und rechts, aus dem einfachen Gebot der Staatserhaltungspflicht heraus. Dem Letzterwähnten, den er in seiner bekannten programmatischen Rede auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften so klar gekennzeichnet hat, ist er dabei treu geblieben. Der Essener Kongreß-Artikel wendet sich weiter in scharfer Weise gegen die einseitigen Angriffe, welche besonders die radikalen Presse neuerdings gegen Stegerwald gerichtet hat, wie sie bei preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald. Denn im Grunde hat Stegerwald nichts anderes gewollt als das, was in den letzten Tagen zweifellos auch jetzt Wirklichkeit werden will: sein unerschütterliches Ziel war die möglichste Zusammenfassung der Kräfte von links und rechts, aus dem einfachen Gebot der Staatserhaltungspflicht heraus. Dem Letzterwähnten, den er in seiner bekannten programmatischen Rede auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften so klar gekennzeichnet hat, ist er dabei treu geblieben. Der Essener Kongreß-Artikel wendet sich weiter in scharfer Weise gegen die einseitigen Angriffe, welche besonders die radikalen Presse neuerdings gegen Stegerwald gerichtet hat, wie sie bei preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald.

Terror in den Höchster Farbwerken.

—l. **Frankfurt a. M.,** 24. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Frankfurter Zeitung" meldet aus Höchst a. M.: Gestern morgen verließen die Arbeiter der Höchster Farbwerke plötzlich ihre Arbeitsstätten, um vor dem Direktionsgebäude zu demonstrieren und in der lebhaften Entfernung einen Angestellten zu verlangen, der sich tätlich über die Arbeiterschaft geäußert haben soll. Gleichzeitig wurde eine Kommission gewählt, die bei der Direktion unter Androhung von Gewalt eine Bierschaftskabelle in Höhe von 3000 Mark pro Mann fordern sollte. Nach langeren Verhandlungen erklärte sich die Direktion bereit, den verheirateten Arbeitern eine Wirtschaftsbeihilfe von 1500 Mark und den unverheirateten von 500 Mark zu gewähren. Mit diesem Resultat waren die Arbeiter keineswegs zufrieden. Sie drangen in das Direktionsgebäude ein und verlangten mehr zu erreichen; jedoch vergeblich. Die Höchster Farbwerke haben ihre Werke geschlossen und sämtliche Arbeiter fristlos entlassen.

Harding für schnelle Ratifikation.

Reutermeldung.

Washington, 25. September.

Harding erklärt in einem Brief an Senator Lodge, von welchem der Senat heute Kenntnis erhielt, die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn wollten den letzten Rest von allen, was mit dem Krieg zusammenhängt, beseitigen und den Frieden endgültig wiederbringen. Der Brief ist vom 21. d. M. datiert, dem Tage, an welchem die Verträge überreicht wurden. Der Präsident wünscht schnelle Ratifikation.

Senator Borah erwartete seine Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten, die praktisch auf eine Gemeinschaft mit Europa hinausliefe. Amerika, sagte er, will für sich alle Vorteile, die aus dem Versailler Vertrag erwachsen, in Anspruch nehmen und keinen seiner Nachteile. Dies Verhalten sei moralisch unmöglich. Es würde besser sein, sich nicht in die Angelegenheiten Europas einzumischen sonst würde das Land gezwungen werden, an den Verpflichtungen Europas teilzuhaben.

In Regierungskreisen ist man der Ansicht daß es nicht nötig ist, sich die Zustimmung Deutschlands zu den Vorbehalten zu sichern, die der Senat möglicherweise zu dem Friedensvertrag macht, da diese Vorbehalte nur die Interpretation des Vertrags betreffen und nichts enthalten, wogegen Deutschland Einwendungen erheben könnte.

Bolschewismus als Heßmittel.

Rp. **Mailand,** 24. September.

Auf eine für den Gesetzesstand gefährliche politischer Kreise in Rom bezeichnende Weise kombiniert das „Giornale d'Italia" einen — vielleicht berechtigten — Hinweis auf das Wiedererwachen der kommunistischen Bewegung mit einer Hetze gegen die deutsche Regierung. Das Blatt, das offenbar der Ruhm der „Idea Nazionale", der Propagandazeitung des ehemaligen Ministers Corradini verbreitet. Das ist der ausgesprochene Plan der Regierung von Moskau. Man will, anscheinend, daß Italien das Feld der wirtschaftlichen Ausnützung zugunsten Deutschland und von diplomatischen System der Entente schließlich überlassen soll, das ist der, wenn auch nicht eingestandene Plan der Regierung von Berlin."

Man sieht, wie hier versucht wird, die Besorgnis des italienischen Publikums vor der bolschewistischen Propaganda zur Bekämpfung der Angst vor Deutschland zu benutzen und wie aus der bekannten Hetze der letzten Zeit Kapital geschlagen wird. Aber diese Hetze hat die Eigenschaft, mit allzu törichten Mitteln zu arbeiten.

Deutsch-dänische Luftfahrtkonvention.

Kopenhagen, 24. September. (W. T. B.) Am 27. September findet in Kopenhagen eine Konferenz von Vertretern der deutschen Regierung mit dänischen Delegierten über den Abschluß einer deutsch-dänischen Luftfahrtkonvention statt, durch die die Luftverbindung zwischen Dänemark und Deutschland geschaffen werden soll.

Von dänischer Seite nehmen an den Verhandlungen u. a. teil: der Vorsitzende der Luftfahrtkommission Generalstabschef Hollnagel-Jensen und ein Vertreter des Außenministeriums. Der deutschen Delegation gehören u. a. an Ministerialrat Legationsrat Dr. Köpke und Geheimer Regierungsrat v. Lewinsky.

Besprechung in der Reichskanzlei.

Wie wir hören, findet heute nachmittag in der Reichskanzlei eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler über die allgemeine politische Lage statt.

Für Verbleib bei Deutschland.

Aus Czarkow ist folgendes Telegramm bei der Reichsregierung eingegangen:

Durch polnische Propaganda irregeleitet, haben wir unserer Stimmen für Polen abgegeben. Wir bekamen diesen Schritt und wünschen, wenn nur die beiden Kreise Pleß und Rybnik an Polen fallen sollten, diese im Verbande des Deutschen Reiches zu belassen. Andernfalls möchten wir die Versicherung abgeben, daß wir bei der Aufkeinen Fall wollen wir zu Polen kommen. Aehnliche Telegramme, die auch den Wolfsraund übermittelt wurden, sind auch aus einer Reihe anderer Orte hier eingegangen.

Zum Vorfall im Kölner D-Zug.

Die Berliner Blätter am Sonnabend meldeten, wurden hier englische Offiziere verhaftet, weil sie in einem Kölner D-Zug zu verlassen. Wir erfahren über diese Angelegenheit:

Am 23. September wurden auf Anfordern der zuständigen Bahnpolizei Essen Hauptbahnhof die Personalien von vier mit dem D-Zug Köln-Berlin reisenden englischen Offizieren, Leutnant Robertson, Leutnant Dunstre, Leutnant Tammner, Leutnant Russel, vom sächsischen Infanterie-Regiment Black Watsch, von denen einer dem Schaffner des Zuges mit Pistolen bedroht hatte, durch Personalausweise festgestellt. Auf die durch die trotzende Haltung der Militärpersonen veranlaßte Anfrage der Wachsoldaten nach Schußwaffen nahmen drei englische Offiziere ihre Pistolen ohne weiteres aus dem Koffer und übergaben sie den Wachhabenden. Die Pistolen sind den Regierungsprüfenten von Düsseldorf sowie Kölns Ausgabe an die Besitzungsberechtigten übergeben worden.

Für Zulassung deutscher Pressevertreter.

WB. **Brüssel,** 26. September.

Der belgische Pressevertreterverband hat den Vorschlag gemacht, bevor die Pressekonferenz stattfindet, soll erst der Widerstand der Ententekreise gegen die Zulassung der deutschen Pressevertreter beseitigt werden, damit in der Konferenz alle Staaten vertreten sind.

Die Trauerfeier für Oppau.

Eine Rede des Reichspräsidenten.

Ludwigshafen, 25. September.

Gewaltige Menschenmengen sammelten sich heute auf dem Ludwigshafener Friedhof zu einer Trauerfeier für die Opfer des Oppauer Unglücks. Etwa 70 000 Menschen aus Ludwigshafen, aus Mannheim, aus der Pfalz und weiter aus Bayern und dem Reich waren hier zusammengeströmt, um dem Beileid für die Verunglückten Ausdruck zu geben. Reichspräsident Ebert war als Vertreter der Reichsregierung erschienen. Die bayerische Regierung vertrat der neue Ministerpräsident Graf von Lerchenfeld. Außerdem waren der badische Ministerpräsident, die Präsidenten des bayerischen Landtages und Vertreter zahlreicher Behörden und Organisationen aus dem ganzen Reiche anwesend. Der Ehrenfriedhof, auf dem die Verunglückten beigesetzt werden, war zu einer schönen Anlage umgewandelt worden. In seiner Mitte erhob sich ein Kreuz aus Tannenzweigen und Blumen als weithin sichtbares Symbol für das Leid, das über der Opfern des Unglücks. Inmitten von dunklem Grün war eine schwarz umflorte Rednertribüne errichtet worden. An der Grabstelle hatten sich die trauernden Angehörigen der Toten versammelt. Rings um das große Viereck des abgesperrten Friedhofs drängten sich schon von frühmorgens an unübersehbare Menschenmengen.

Das Beileid der Verfassungsbehörden

Die französischen Militärbehörden waren durch General de Metz als Beauftragten der Interalliierten Rheinlandkommission und General Dauga als Vertretern des Militärbefehlshabers General Degoutte vertreten. Viele brachten Kränze, die sie vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier an den Reichspräsidenten und den bayerischen Ministerpräsidenten richteten. Ihre Ansprachen wurden durch Dolmetscher übersetzt. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit Worten des Dankes. Es berührte wohltuend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinwegsetzte. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident.

Die Trauerfeier.

Dann begann die Trauerfeier. Eine Menge von Kränzen war an den Stätten niedergelegt worden. Bei der Feier hielt

Reichspräsident Ebert

die folgende Ansprache:

„In tiefster Erschütterung stehen wir heute am Ort der großen Katastrophe, die in der Morgenfrühe des Sonntags unser Vaterland in Schrecken und Aufregung versetzt hat. Eine Katastrophe, die die Geschichte der deutschen Industrie bisher noch nicht zu verzeichnen hatte. Mit schmerzbewegtem Herzen betrauern wir heute den Tod so vieler fleißiger Arbeiter, die dem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen sind, heftiger wie die bei dem Unglück verletzten Männer und Frauen, deren Dualen und Schmerzen wir mitempfinden. Gewaltig ist die Zahl der Toten und Verwundeten. Es ist mir ein dringendes Herzensbedürfnis gewesen, der tiefempfundenen Anteilnahme der ganzen Nation an diesem Unglück Ausdruck zu geben. Ich bin hierher gekommen, um Ihnen, den Hinterbliebenen der Verunglückten, den Verwundeten und Beschädigten auch von dieser Stelle aus nochmals die innigste Anteilnahme der Reichsregierung und, wie ich sagen darf, des gesamten deutschen Volkes kundzutun. Ihre Leiden sind unser Leid. Ihre Trauer ist unsere Trauer. Ihre Sorge um Ihre Angehörigen, um Ihre Existenz ist unsere Sorge. Ihre Tränen sind unsere Tränen. Ihre Schmerzen sind unsere Schmerzen. Ihr Unglück ist unser Unglück. Wir alle, das ganze deutsche Volk, stehen mit Ihnen in dieser Stunde der Trauer und des Leids. Wir alle, das ganze deutsche Volk, stehen mit Ihnen in dieser Stunde der Trauer und des Leids. Wir alle, das ganze deutsche Volk, stehen mit Ihnen in dieser Stunde der Trauer und des Leids.

Weitere Ansprachen.

Nach dem Reichspräsidenten sprach Ministerpräsident Graf Lerchenfeld. Er sagte, Worte könnten das Schauer erfassen den Menschen, wenn die Natur der Festen sich entfesselt und das Menschenwerk zerstört. So werde auch die Katastrophe eine ernste Mahnung an die Vergänglichkeit alles Irdischen und eine bedeutsame Mahnung an das Unbezwingliche. Er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das große Mitgefühl die Trauernden tröstlich, die Verletzten heilen, die Wunden heilen, und die Toten ehren möge.

Dann sprach der Präsident des bayerischen Landtages, Landtagspräsident Trunk Worte im Namen der bayerischen Regierung seinen Dank aus. Zum Schluß sprachen Regierungspräsident von Klingenberg und Oberbürgermeister Kuhn.

Wer dem Reichspräsidenten hatte Generaldirektor Bosch von der Badischen Anilin- und Sodafabrik zum Autoruf gebracht, daß die Fabrik ihre gelernten Mitglieder nie vergessen werde. Neue gelabrielle Aufgaben harrten der Fabrik. Sie müßten erfüllt werden. Neue Gewalten der Natur hätten das Unglück heraufbeschworen und gerade der Stoff, der sind so viel Segen bringen sollte, habe sich als grimmiger Feind erwiesen. Ueber die Trümmer hinweg werde es unverdrossen in strenger Pflichterfüllung an harte Arbeit gehen, getragen von dem gemeinsamen Bewußtsein aller Mitglieder der Fabrik.

Unter den Klängen des Chopinschen Trauermarsches legten darauf die Vertreter der Behörden und die Vertreter der verschiedenen Regierungen an den Gräbern der Dahingegangenen ihre äußeren Zeichen der Trauer nieder. Damit erreichte die Feier ihr Ende.

Besichtigung der Unglücksstätte durch den Reichspräsidenten

Sonntag nachmittag wurde in Begleitung des badischen und des württembergischen Ministerpräsidenten, des bayerischen Landesministers Hamm und einer Anzahl Staatsvertreter unter Führung der Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen die Unglücksstätte Oppau durch den Reichspräsidenten Ebert und den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Die Besichtigung begann mit dem Besuch der Anlagen, die zur Gewinnung des Ammoniaks und Arbeiterwohnungen, die bei weitestgehende Hilfe von Reich und Staat und Gemeinden in Aussicht stellte. Durch die ungeheure Zerstörung an Ort und Stelle fanden die Herren die dürftigen Schilderungen über den Umfang der Zerstörung und über die Not der Bevölkerung und Arbeiterschaft, von Gemeinde und Kreis mehr als bestätigt. Der Reichspräsident stattete den Verwundeten in den Ludwigshafener und Mannheimer Krankenhäusern einen Besuch ab. Der bayerische Ministerpräsident, sowie der Reichspräsident der Pfalz besuchten unter Führung des Zweiten Bürgermeisters, des Polizeipräsidenten und des Krankenhausdirektors das Ludwigshafener Krankenhaus und die zum Bayerei eingerichtete Goethehalle. Sie erkundigten sich im einzelnen nach dem Befinden und den Familienverhältnissen der Verunglückten und sprachen ihnen Trost zu.

Amerikanische Hilfe.

Das Central-Relief-Comitte in New York hat dem deutschen Roten Kreuz für die Opfer der Oppauer Katastrophe 500 Kisten mit Milch und Nahrungsmitteln im Werte von 1 Million Mark, ferner 500 000 Mark in bar für die Hilfe der Verletzten und die Notlinie durch Zuschrank mit dem Bürgermeister von Ludwigshafen zu verteilen. Das deutsche Rote Kreuz hat namens der Notleidenden für die prompteste freiwillige Hilfeleistung gedankt, die unter den ersten Eindruck der Katastrophe von unseren amerikanischen Freunden gewährt wurde.

Ein schwedisches Hilfskomitee.

DA. **Stockholm,** 26. September. Hier hat sich ein Hilfskomitee für die Opfer der Oppauer Explosionskatastrophe gebildet, dem alle führenden Kreise Schwedens angehören. Die bereits eingeleiteten Sammlungen für die Opfer der Oppauer Katastrophe haben sehr erfreuliche Ergebnisse gezeitigt.

*

Die Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union hat für die Opfer der Oppauer Explosion 1 Million Mark zur Verfügung gestellt.

Ein Reichsentschädigungsamt für Kriegsschaden.

WB. **Berlin,** 26. September. In dem Gesetz über die Festsetzung von Ausschlußfristen und Vorschriften über das Verfahren aus Anlaß des Kriegs- und des Friedenszustands (Ausschlußfristgesetzentwurf), vom 30. 7. 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1040) ist die Errichtung eines Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden vorgesehen. Die grundlegenden Verfügungen über die Organisation dieses Amtes, seiner Zweigstellen und beschäftigten Sprachkammern, sind im Reichsministerium für Wiederaufbau getroffen. Nunmehr ist zur praktischen Durchführung der Einrichtung des Reichsentschädigungsamtes und der Uebertragung der im Vorentschädigungsverfahren bisher bearbeiteten in das Amt die Geschäftsstelle für Errichtung des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden eingerichtet, deren Diensträume sich in Berlin SW. 68, Charlottenstraße 18 befinden. Der Geschäftsstelle sind auch die Aufgaben der bisher bei dem Reichsfinanzministerium für Auslandsschäden in Liebesdienst-Mitte eingerichteten Zentralauskunftsstelle für Kriegsschäden übertragen. Sie erteilt in allen Angelegenheiten, welche das Anlagegebiet des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden (§ 11 der Entschädigungsordnung) betreffen, Auskunft. Sie entscheidet ferner über Anträge auf Genehmigung der Abkretung oder Verpfändung von Ansprüchen auf Grund des Verdrängungsschäden, des Kolonialschäden- und des Auslandsschädengesetzes. Anträge auf Entschädigung sind nicht bei der Geschäftsstelle, sondern bei den von der Zuständigkeitsverordnung bestimmten Behörden einzureichen.

Für die Durchführung der Vorprüfungsstellen eingereichten, welchen genauß § 14 der Entschädigungsordnung die Vorprüfung der Anträge übertragen werden soll. Die Vorarbeiten für die Errichtung der Vorprüfungsstellen sind im Gange. Nach ihrem Abschluß wird nähere Bekanntmachung über die Zuständigkeit der Stellen und die Form der Anträge erfolgen.

Albanische Wirren.

Rom, 24. September. (WB. T. B.) Wie „Giornale d'Italia" aus Avrano über Balona meldet, haben albanische Truppen die Stellungen an der Drina, die von Südslawen besetzt waren, angegriffen; die Südslawen haben sich von ihrer ganzen Stellung zurückgeworfen. Die Verluste auf beiden Seiten waren schwer.

Athen, 25. September. (WB. T. B.) Nach einer Meldung des Pressebureaus aus Janina ist die griechische Kathedrale von Koritza von Albanern besetzt worden. In den griechischen Schulen dieser Stadt kann kein Unterricht erteilt werden, da die griechischen Lehrer vertrieben worden sind. Blättermeldungen zufolge sind drei ehemalige österreichische Offiziere in Koritza eingetroffen. Sie sollen von der albanischen Regierung mit der Organisation einer albanischen Armee und mit der Leitung von Besetzungsangelegenheiten betraut werden.

Ministerbesprechungen über Westungarn.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. **Wien,** 25. September.

Wie verlautet, wird eine aus Prag angekündigte Zusammenkunft des tschechischen Ministers des Aeußern Dr. Benesch mit dem ungarischen Außenminister Grafen Bauffy zur Besprechung über einen Aussöhnungsvorschlag in der westungarischen Streitfrage morgen vermutlich in Brünn stattfinden. Benesch wird über den Inhalt dieser Konferenz dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schober in einer Sitzung der Woche stattfindenden Unterredung berichten. Diese Besprechung der Regierung zwischen Benesch und Schober ergibt sich weil am Dienstag die Konstituierung des neuen tschechischen Kabinetts stattfindet und am Mittwoch der Ministerrat zusammentritt.

Nach einer W. Z.-Meldung erschienen am Sonnabend im Parlament zahlreiche Flüchtlinge aus dem Burgenlande und protestierten gegen eine Abtrennung Oedenburgs vom Burgenlande. Das ganze Burgenland müsse den Bestimmungen des Friedensvertrages entsprechend als eine Einheit an Oesterreich angegliedert werden.

Haimisch für kulturelle Annäherung.

Prag, 25. September. (W. T. B.) Der Wiener Mitarbeiter der „Prager Presse" hatte eine Unterredung mit dem Bundeskanzler Hainisch, der u. a. sagte, in Oesterreich wurde nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch die kulturelle Annäherung der Nachbarstaaten begrüßt werden. Die Macht der Tatsachen werde sich die Länder einander näher bringen. Es gereife auch nicht daran, daß die beiderseitigen Interessen eine engere Annäherung automatisch fördern würden. Er sei von Präsident Masaryk eingeladen worden, nach Böhmen zu kommen, und er freue sich, in nicht allzu ferner Zeit dieser Einladung Folge leisten zu können.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Italien.

Rp. **Mailand,** 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Mailändische Zeitung „Corriere della sera" nimmt zu den Angriffen auf die Propaganda für die deutschen Bäder, in der es u. a. heißt:

Aus einer Unterredung, die der französische Oberkommissar Tirard mit Vertretern der Kammer der Kanzler des Ministerpräsidenten angestellt hat, geht hervor, daß die Bestrebungen der französischen Kurorte sich entweder durch die Anwesenheit von Fremden oder Verwandten unmerkbar der transalpinischen Reisegesellschaft oder durch die verteilhaften Geldverhältnisse oder endlich durch die Wagner-Stiftung in Wiesbaden den Weg nach Deutschland gesperrt haben.

Litauen gegen Hymans Vorschlag.

Kowno, 24. September. Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: Gestern wurde die Debatte über die Interpellation der Sozialisten bezüglich der litauisch-polnischen Verhandlungen beendet. Mit 57 gegen 31 Stimmen wurde folgende Resolution der christlichen Demokraten angenommen:

1. Das Hymans-Projekt vom 3. September ist für Litauen unannehmbar.

2. Eine Verständigung mit Polen ist möglich, wenn Polen kann Litauen nicht Bedingungen annehmen, die direkt oder indirekt Litauens Souveränität beschränken würden.

Französische Kredite zum Wiederaufbau.

Paris, 26. Septbr. (WB. T. B.) „Journal Officiel" veröffentlicht unter anderem einen Erlaß des Finanzministers, durch den der „Crédit National" ermächtigt wird, neue Bonds im Betrage von drei Milliarden zum Zwecke der Kriegsschäden wieder aufzunehmen.

Französisches Streikfieber.

Lille, 25. September. Havas meldet: Das Streikkomitee soll gestern die Bauarbeiter aufgefordert haben, die Arbeit nicht aufzunehmen, wie sie beschlossen hatten. Die Bäckereien von Tourcoing haben die ihnen angehörenden Oefen verunbrennt abgelehnt. Auch die Kellnerarbeiter von Roubaix haben wegen Verminderung des Lohns den Streik beschlossen.

Die Staatsbeamten Frankreichs, die sich gewerkschaftlich organisiert haben, sind in Paris zusammengetreten, um über die Frage des Streikrechts zu entscheiden, das ihnen die Regierung zu entziehen gedenkt.

Die Schantungfrage.

Washington, 26. September. (U. Tel.) Die japanische Regierung hat den Chinas eine prompte Antwort auf das Ansuchen Japans, Schantung an China zurückzugeben, erzucht. Im Falle einer nicht umgehend einstreffenden Erklärung der chinesischen Regierung hat sich Japan seine weitere Stellungnahme vorbehalten. Die Verzögerung der chinesischen Antwort wird auf die Ministerkrise zurückgeführt.

Japans Drängen schreibt sich daher, daß es die Schantungfrage vor dem Zusammentritt der Washingtoner Konferenz geregelt sehen möchte, da es von der Auffassung ausgehe, daß diese Frage nur zwischen China und Japan allein, seine Lösung zu finden habe.

Schaffung normaler Verhältnungen.

Eine Rede Churchills.

London, 26. September.

In einer großen Rede in Dundee befaßte sich Churchill mit Erörterung der irischen Frage mit dem Niedergang des Weltandels, mit dem Wolfschewismus und mit der Washingtoner Konferenz.

Churchill sagte, dem ausführlichen Bericht der „Times" zufolge,

der Niedergang im Welthandel

bedrohe nun die Lage der englischen Arbeiterklasse. Zur Wahrung des Friedens zwischen dem einen und dem anderen Lande sei ein großes Geld gefährt. Kredit und Unternehmungen seien behindert. Churchill führte weiter aus: Die großen Nationen der Welt bieten augenblicklich ein merkwürdiges patriotisches Schauspiel. Amerika, England, Frankreich, Italien, alle hofften, riesige Geldsummen voneinander oder von Deutschland herauszubekommen. Schulden entstehen in einer Hauptindustrie geworden und nimmt in den Kassen zahlreicher Politiker und Parlamente und sogar Völker den Hauptplatz ein. Wenn alle Schulden und Entschädigungen zwischen Nation und Nation bezahlt werden würden, dann würde jedes Glaubigerland genau so viel Waren erhalten, und zwar in Worten und zu Preisen, die für den gerechten Betrieb ihrer Industrien verhängnisvoll sein würden. Nicht ein einziges der führenden Länder, die Anspruch auf riesige Warenlieferungen als Bezahlung hätten, würde entsprechenden Betrag haben, würde diese Waren, wenn sie kommen sollten, annehmen. Auf der anderen Seite schaffen sie, und zwar mit Recht, Zölle und alle Arten von Hindernissen, um zu verhindern, daß ihre eigenen Industrien durch solche riesige unwirtschaftliche Einfuhr ruiniert würden.

Solche und diesem allen entstandenen Wirrungen schädigte ist

die Kaufkraft der Schuldnernationen vollkommen erloschen.

Die Glaubigernationen haben infolge der Währungsverhältnisse große Schwierigkeiten, auch in Schuldnernationen Anlagemöglichkeiten zu finden. Ihre Kapitalien können mehr schaffen, als sie bezahlen können. Die Schuldnernationen sind ungeheuer belastet durch den Zinsendienst riesiger Mengen ausländischen, und ihre Leistungsfähigkeit leidet darunter. Die Glaubigernationen weigern sich, diese Waren, die sie verlangen, einzuführen. Die amerikanische Flotte ist ein vollkommener Selbstzweck. In Amerika sind zweifellos Leute in einer einflußreichen Lage, und ein Steigen der Kurse für die Verbreitung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt.

Diese Gegenlage ergeben die unheilvolle Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich internationalen Handel und andere heute Probleme des internationalen Handels und der Währung, sowie Steuer des Angebots und der Nachfrage wieder frei über die Köpfe der Völker der Welt stellen können. England ist bei dem allen sicherlich in einer günstigen Lage. Deutschland ist in einer ähnlichen Lage. Deutschland und England sind in einer günstigeren Lage als die meisten anderen. In den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt.

Diese Gegenlage ergeben die unheilvolle Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich internationalen Handel und andere heute Probleme des internationalen Handels und der Nachfrage wieder frei über die Köpfe der Völker der Welt stellen können. England ist bei dem allen sicherlich in einer günstigen Lage. Deutschland ist in einer ähnlichen Lage. Deutschland und England sind in einer günstigeren Lage als die meisten anderen. In den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt.

Diese Gegenlage ergeben die unheilvolle Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich internationalen Handel und andere heute Probleme des internationalen Handels und der Nachfrage wieder frei über die Köpfe der Völker der Welt stellen können. England ist bei dem allen sicherlich in einer günstigen Lage. Deutschland ist in einer ähnlichen Lage. Deutschland und England sind in einer günstigeren Lage als die meisten anderen. In den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt.

Diese Gegenlage ergeben die unheilvolle Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich internationalen Handel und andere heute Probleme des internationalen Handels und der Nachfrage wieder frei über die Köpfe der Völker der Welt stellen können. England ist bei dem allen sicherlich in einer günstigen Lage. Deutschland ist in einer ähnlichen Lage. Deutschland und England sind in einer günstigeren Lage als die meisten anderen. In den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt.

Für Revision der Friedensverträge.

Wien, 25. September (W. T. B.). Der englische Publizist Dillon äußert sich im „Neuen Wiener Tagblatt" über die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die schließlich zu einer Weltrevolution führen müßten. Die Hauptschuldigen dieser Katastrophe würden diejenigen sein, die die gelahmen wirtschaftlichen Fäden zwischen den Nationen nicht erkennen wollten. Einer der Hauptfaktoren, durch die einer Weltkatastrophe vorgebeugt werden könnte, sei der, daß Amerika sein überflüssiges in den Ersatz liegendes Gold hervorzugeben und in den Dienst der Weltwirtschaft stellen müsse. Ein weiterer, wohl ebenso wichtiger Faktor sei der einer Revision der wirtschaftlichen Bedingungen der Friedensverträge, namentlich des Versailler Vertrages.